

Mossische



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit
Kurzsettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhart, Berlin.
Redaktion: im Haus o. Handelsstraße: Carl Misch, Berlin.
Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postansprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 9600-3905,
für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 9600-3908. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

Die Vertrauensfrage

Der Reichstag hat gestern rasche Arbeit gemacht. Man hat ursprünglich auch noch am Montag über den Etat reden wollen. Bei allem, was dem Parlament nachfolgt, muss anerkannt werden, daß es immer besser gelingt, das frühere Übermaß an Reden einzuschränken. Von Raumman stammt das Wort, der Reichstag sei die „Halle der Überholungen“. Tatsächlich haben die parlamentarischen Debatten der Reichstages einen herkömmlichen Charakter. Es waren alljährlich dieselben Redner und alljährlich dieselben Gegenüberungen von Regierungstisch. Der Reichstag war machtlos und die Regierung nicht minder, wenn auch ihre Mitglieder Wert darauf legten, den Geist der Autorität zu wahren. Bekannt ist das Scherzwort, das den Reichstagsler mit einem Kronleuchter verglich, weil er, ohne Glühbirne, „von oben abhängt“.

Heute kann der Chef der Regierung das Parlament immer wieder daran erinnern, daß auf ihm die Verantwortung ruht und daß auch die Opposition die Pflicht habe, für die Folgen ihrer Reden und Handlungen einzustehen. Es war ein Augenblick dramatischer Spannung, als sich der Reichstagskanzler gestern erbot, um den Einstufung der Regierung unzulänglich, mit einer befriedigenden Erklärung des Etats zu stehen und zu fallen. Man wird in den Ausführungen festhalten verstanden, was alle Einzelheiten treffen, alle Möglichkeiten erklären können. Aber am Ende wird unmissverständlich an die Mehrheit die Frage herangetragen, ob sie lieber die Verantwortung für den Etat oder für die Bildung einer neuen Regierung übernehmen will. Das ist Gegen und Sinn des parlamentarischen Systems.

Man hat in den letzten Tagen den Vorschlag gemacht, einen „Sitzungsleiter“ zu ernennen, der über Jahre lang unüberlegbar sein sollte. Der Vorschlag ist von einem Abgeordneten der Deutschen Volkspartei eingekommen, der damit dem Parlament das Zeugnis ausstellen wollte, daß keine Aussage freigelegt seine Grenzen kennen und daß von außen her ein Druck erzeugt werden möchte. Der Vorschlag wird gerade jetzt paradox. Denn von allen Seiten regnet es Empörungstempete, und der arme Finanzminister kann sich des Segens kaum erwehren, der ihm ins Haus gefahren kommt. Somit als „Mann der ungetrübten Seelen“ wieder anzusehen, heißt er für jetzt von einem Chor umgeben, der ihn anfleht, doch die nichts zu bewilligen. Mit Recht hat Reichstags-Präsidenten geltend darauf hingewiesen, daß der Bericht zu Ausgabeneigerungen, der diesmal auf der ganzen Linie erfolgte, der Regierung höchst willkommen sein müßte. Das Parlament hat wieder einmal gezeigt, daß es sich den vorliegenden Entwürfen und den tatsächlichen Notwendigkeiten leichtig anpassen vermag. So lauslich ist Trumpf. Nicht nur beim Sanitätsbau, sondern auch bei den Fraktionen. Was will man mehr?

Reddichtig ist freilich eine Sorte von Sparmaßnahme, die nicht ein richtiges Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen herstellen will, sondern eine irgendeine Deckung und ein wirtschaftliches Defizit. Von rechtsradikaler Seite ist offen ausgeprochen worden, daß ein Defizit höchst widersinnig sei, weil man dadurch benehmen könne, daß die Dameselb untragbar ist.

Das ist die Grenze, wo sich die Geister scheiden. Und hier hat die Reichsregierung hier in jetzt ihr Reto angeknüpft. Sparen! Ja! Sparen! Ja! Sollen keine Mäcker, die das Reich in eine Defizit- und Schuldenwirtschaft hineinziehen. Es ist kennzeichnend, daß dieselben Leute, die über die Auffassung des Reichs lamentieren, die eine neue Inflation freudig begrüßen an die Wand malen, die das Ja und Ausmaß miträufeln zu machen verstanden, gleichzeitig an der Trete! sind, die Grundzüge einer soliden Finanzgebarung zu erschältern. Sie werden dabei auf Grund sein. Keine Demagogie kann die Rechte der Wirtschaft haben.bringen, einen Treiben auszuüben, das den deutschen Kredit untergründ und mit dem Etat alle Anlässe des Wiederaufbaus bedroht. Man hat den Etat des „Schicksalsbuch der jetzigen Regierung“ genannt. Das ist nur die halbe Wahrheit. Er ist das Schicksalsbuch j e e der Regierung, die nicht bereit ist, mit dem Leben der Nation abermals ein freies Spiel treiben zu lassen.

Einreise-Erlaubnis für Trozki?

Sundschiff für beschränkte Zeit

Die Entscheidung des Reichsministeriums über das Einreiseerlaubnis für Trozki wird nunmehr voranschreiten in den allerhöchsten Sagen erfolgen. Es heißt, daß die genaue Begründung des Trozki'schen Einreiseerlasses und die Stellungnahme weiter Kreise der öffentlichen Meinung auf einen Teil der Kabinettsmitglieder starken Eindruck gemacht haben. Bei einer unvorstelligen ersten Überprüfung im Reichstag war die Mehrheit der Reichstagsler der Auffassung, daß die Beschränkung der Einreiseerlaubnis die Zulassung Trozki nach Deutschland sprächen. Diese Auffassung hat sich durch die inzwischen erfolgten Darlegungen bei einigen Reichstagsler geändert, so daß gewisse Aussichten auf die Genehmigung des Einreiseerlasses, zumindest nicht nur in beschränktem Umfang, d. h. für eine bestimmte Zeit, bestehen.

In Stambul wartet seit Wochen inmitten feiner Wüderlichkeit ein Mann, der sich nach Rußland sehnt, darauf, daß die schwarzrotgoldenen Schlagbäume für ihn sich heben. Trozki will nach Deutschland. In die ganze Welt ruft er. „Sowjetland aller Länder überleben“, die die Befreiung der Arbeitlosen bringt es in Deutschland möchte er wohnen. Eigentlich kein schlechtes Zeugnis für dieses Land. Er schäuf, so sagt er, unsere Verlage — kein schlechter Dienst für unsere Wissenschaft, diese Erklärung an ein Weltforum. Er verzerrt, so sagt er, auf die Welt der unteren Arbeiter. Er sucht bei der Arbeitlosen, der ihnen genug zu schaffen möchte, abzuweilen. Das Gefühl unserer Stärke erlaubt uns etwas. Wir haben Such o m i n o w ertragen, der als Reichsminister des Ären reichlichen Anteil an der Entfremdung des Staates gegen uns hatte, sollten wir nicht auch Trozki

ertragen, der gegen unsere Nation nicht mehr im Schilde für ihre als gegen seine eigene?

Welche Genehmigung für uns, daß der Cz.-Polizist von anno 19 jetzt froh sein muß, daß Deutschland ihm nicht zulässig ausländische Regierung auszulassen. Der preussische Innenminister Grzeszinski hat, der „B. Z. am Mittag“ zufolge, schon vor geraumer Zeit Trozki, als besten Freunde ihn vorzutreiben forderten, mitteilen lassen, daß er auch in diesem Fall in Mitbestimmung mit dem preussischen Reichstagsler den absoluten Widerspruch sei und keinerlei Einwendungen gegen die Einreiseerlaubnis machen würde. Auch aus politischen und politischen Gründen liebt der Preussische Minister des Innern keinerlei Anteil, Trozki anders als andere politische Flüchtlinge zu behandeln. Grzeszinski hat schließlich diese seine Auffassung dahin zusammengefaßt, daß er bereit ist, die Gewährung des absoluten und unbefristeten Widerspruch an Trozki zu bestimmen, so lange Trozki seinerseits das Schicksal in seiner Weise mitzubringen würde.

Die Katastrophe in China

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

Hantung, 16. März

Der Minister für Gesundheitswesen, der im Auftrag der Regierung die von einer Hungersnot betroffenen Provinzen Szechuan, Szechin und Kansu bereist hat, teilt in seinem Bericht an die Zentralregierung mit, daß in Szechuan 7 1/2 Millionen, in Szechin 6 1/2, in Kansu 3 1/2 Millionen Menschen Hunger leiden. Das bedeutet, daß in den drei genannten Provinzen mehr als 16 Millionen Menschen fast ohne Lebensmittel sind. Ueber die Verhältnisse, die der Minister für Gesundheitswesen der Regierung zur Abhilfe der Katastrophe auf Grund seiner Reise machen sollte, ist noch nichts bekannt worden.

Das Kapital der Clearingbank

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

1st Paris, 16. März

Von der französischen Presse wird heute als Höhe des Kapitals der in Aussicht genommene Clearingbank der Betrag von 100 Millionen Dollar genannt. Wie wir hören, ist diese Angabe den Tatsachen beträchtlich voraus. Innerhalb der sechs verbleibenden Jahre gehen die Anleihen darüber noch hart auseinander. Sie gehen teilweise bis zur Höhe von einer Milliarde, also mehr als dem doppelten der genannten Summe. Doch ist darüber noch keinerlei Festheit gefaßt worden.

Dr. Schacht wird am Freitag der nächsten Woche zur Teilnahme an einer Aufführungsfeier der Reichsbank nach Berlin fahren, aber bereits am Montag nach Paris zurückkehren. Die Konferenz wird voraussichtlich ihre Arbeiten bis zur Mitte der Osterwoche fortsetzen und dann über die Festsetzung einer tags Vertagung eintreten lassen.

Der Notetat angenommen

Beschluß des Hauptausschusses

Der Hauptausschuss des Reichstages beschloß in seiner Sonnabend-Sitzung den Notetat für das Rechnungsjahr 1929.

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Reinhold (Dem.), der zur Sparsamkeit mahnte und nur eine Ermäßigung bis zu einem Fünftel vorschlug, erhielt § 1 eine teilweise neue Fassung, wonach „bei Vorliegen einer unabweisbar berechtigten Verpflichtung auch über ein Fünftel der für das Rechnungsjahr 1929 bewilligten Beträge um denjenigen Betrag hinausgegangen werden darf, der zur Erfüllung der Verpflichtung erforderlich ist.“

Einnahme Maßnahmen, für die Mittel im Rechnungsjahr 1929 nicht bewilligt worden, die aber unabweisbar sind, dürfen im Rahmen der in den Notentatsentwurf für 1929 einbeschlagen der Budgets des Reichstages einbeschlagen werden, wenn die Mittel für den Notentatsentwurf im Einzelfall zugestimmt hat.“

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden nahezu unverändert angenommen, u. a. auch § 3, der den Finanzminister ermächtigt, zur Förderung des deutschen Außenhandels Garantien bis zum Betrage von 175 Millionen und für die Verpflichtung des Deutschen Museums in München für die jährliche Verzinsung und Tilgung eine Anleihe zur Herstellung des Studienloans Garantien bis zum Betrag von 300 000 Mark zu übernehmen.

Urteil im Gebhardt-Prozess

Zur der Schruppereiüberhandlung gegen den Elektromotor-Verwer Gebhardt verurteilte Landgerichtsdirektor Freidmann folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Verstoßes an seiner Schutzpflicht zu einer Zwangsstrafe von 12 Jahren und zu 10 Jahren Ehrenverlust verurteilt. Die erstinstanzliche Verurteilung der Schrupperei verurteilt, weil unter Verstoß an der Beträge. (Der Prozeßbericht finden unter Verstoß an der Beträge.)

Die Strafrechtsreform

Die Strafrechtsreform des Reichstages nahm gestern nach kurzer Beratung den § 225 des Strafrechtsentwurfs an, der dem Justizminister anbot, der eine Sachin Brand fest und dadurch eine Gefahr für Leib und Leben oder in bedeutenden Umfang für fremdes Eigentum herbeiführt. Ebenso wurden die §§ 226 bis 229 (Herbeiführung einer Explosion, eines Heberstimmung, Entzünden eines Schiffes, Brandverursachung) ohne Änderung angenommen.